

Stellungnahme zum Projekt Scoping Lithium Zinnwald

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum geplanten Abbau von Lithiumerz durch die Deutsche Lithium GmbH / Zinnwald Lithium GmbH, die damit verbundene (chemische) Aufbereitung und die einhergehende Lagerung der Reststoffe auf einer großflächigen Deponie nahe Bärenstein möchten wir gern Stellung nehmen.

Die Zinnwald Lithium GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Beteiligungen z.B. aus Großbritannien und Shanghai. Das Verwaltungsorgan, die Zinnwald Lithium PLC sitzt in London, sie ist ebenfalls haftungsbeschränkt und hat eine Bewertung von ca. 16 Mio britischer Pfund.

Die Deutsche Lithium GmbH (DL), (Gesellschaft mit beschränkter Haftung!) ist eine Ausgründung des 2017 insolventen Solar World-Konzerns, hat zum Jahresende 2021 laut Bundesanzeiger ein Anlagevermögen von rund 500.000 €, Kapitalrücklagen von rund 8,2 Mio € und einen Jahresfehlbetrag von rund 1,35 Mio €. Das gezeichnete Kapital beträgt 100.000 €. Die Zahlen aus dem Geschäftsjahr 2022 liegen noch nicht vor.

Für den geplanten Abbau der lithiumhaltigen Erze sind laut dem Scinexx Wissensmagazin, welches Bezug auf Herrn Armin Müller nimmt, Investitionen von ca. 160 Millionen € und ein 30 jähriger Abbau nötig, um rund 570.000 Tonnen Lithiumcarbonat (wirtschaftlich sinnvoll) zu fördern, welches für rund 20 Millionen Elektroautos reichen würde.

Die vergeben Schürfrechte bestehen bis zum Jahresende 2047, der Abbau des Lithiums soll laut Tischvorlage der Deutschen Lithium GmbH im Jahre 2025 bzw. 2026 beginnen, der Förderzeitraum wäre dann noch 22 bzw. 23 Jahre lang.

Besorgnis erregend ist die Tatsache, dass es sich sowohl bei der Deutschen Lithium GmbH, bei der Zinnwald Lithium PLC als auch bei der Zinnwald Lithium GmbH um Unternehmensformen handelt, welche im Ernstfall (die Lithiumproduktion könnte irgendwann nicht mehr rentabel sein, weil z.B. neue Batterieformen entwickelt wurden) bzw. im Insolvenzfall (siehe 2017 die Insolvenz des Solar World-Konzerns) nur mit ihrem eingelegten Kapital haften.

Die Folgen für die Umwelt, die Gesundheit der Menschen und der Umwelt wären fatal. Wer beseitigt später die Aufbereitungsanlage, wer unterhält die Deponien, wer entfernt die für die Förderung und Produktion neu angelegten Infrastrukturen? Das alles sollte gut bedacht werden.

Des Weiteren drängt sich die Frage auf, mit welchem Kapital die gesamte Infrastruktur und die ausführenden Unternehmen (Lieferkettengesetz beachten!) finanziert werden sollen. Die Mittel der o.g. Firmen werden dabei bei Weitem nicht ausreichen, und welche Bank vergibt dafür Kredite in Millionen- bzw. Milliardenhöhe?

Was ist mit einer Sicherheitsleistung, welche vor Beginn von Förderung und Aufbereitung für die spätere Wiederherstellung der Umwelt geleistet werden müsste? Diese „Kautio“ würde sich sicherlich in dreistelliger Millionenhöhe bzw. Milliardenhöhe bewegen. Das kann dem Steuerzahler nicht aufgebürdet werden, ebenso sollte es nicht möglich sein, dass bis Ende 2047 abgebaut wird und danach bleiben sämtliche für die Förderung und Aufbereitung errichteten Infrastrukturen, Anlagen etc. einfach stehen.

Ein Abschlussbetriebsplan mit entsprechenden treuhänderisch verwalteten Rücklagen für die Wiedernutzbarmachung und der vollständigen Renaturierung der beanspruchten Gebiete ist unserer Meinung nach unumgänglich.

Laut Tischvorlage der DL ist nicht nur die Erzaufbereitung aus dem Fördergebiet Zinnwald, sondern auch aus Sadisdorf und Falkenhain geplant.

Dazu wird angegeben, dass mindestens 503.000 Tonnen Material pro Jahr zur Aufbereitungsanlage transportiert und 124.000 Tonnen Material von der Aufbereitungsanlage abtransportiert werden sollen. Die geförderten Erze aus Sadisdorf und Falkenhain sind da noch nicht inkludiert.

Legt man 220 Produktionstage im Jahre zugrunde (die DL gibt an, nicht an Wochenenden zu produzieren, um die Einwohner zu entlasten), wäre das eine Verkehrsbelästigung durch 237 Lkw (20-Tonner) pro Tag (eine 10-stündige Produktionseinheit angenommen), also alle 2,5 Minuten ein großer Lkw, der über die Straßen rollt.

Die Straßen in der Umgebung sind, entgegen den Angaben in der Tischvorlage, dafür nicht ausgelegt. Schon allein im Begegnungsverkehr käme es auf den schmalen Straßen (z.B. zwischen Falkenhain und der Zufahrt im Bielatal) zu erheblichen Behinderungen und Lärmbelastungen, Wasser- und Luftverschmutzung (CO₂! / Feinstaub!) und einer Unmäßigkeit an Verschwendung von Ressourcen (Straßen, Biotope, Diesel etc.).

Auf dem Weg von und zur Autobahn müssten die Lkw die extrem schmale und durch den Durchfluss der Müglitz nicht zu verbreiternde Straße in Lauenstein passieren. An dieser Straße befindet sich die Grundschule Lauenstein. Die dort lernenden Kinder wären auf ihrem täglichen Weg von und zur Schule nicht mehr ausreichend geschützt, das Lernen an der vielbefahrenen Straße eine Tortur.

Die Lärmemissionen durch die ständigen Lkw-Transporte und durch Umladearbeiten von der Schiene auf andere Transportmittel wären unzumutbar für die Anwohner. Bedenkt man, dass man im Stadtgebiet Bärenstein bereits die Geräusche des ehemaligen Steinbruches hören konnte, kann man sich ausmalen, wie hoch die Geräuschkulisse um die geplante Aufbereitungsanlage, die Deponie und die Zuwegung sein muss, denn die Aufbereitungsanlage ist, entgegen dem jetzigen Steinbruch, nur ca. 170 Meter von den ersten Häusern entfernt.

Die DL gibt an, dass Versuche ergeben haben, aus 120 Tonnen Erz 0,05 Tonnen Lithiumhydroxid aufzubereiten zu können. Fraglich ist, ob dies auch im großen Stil bei der geplanten Anlage möglich ist.

Dies würde bedeuten, dass bei einer jährlichen Fördermenge von 1,5 Millionen Tonnen lithiumhaltigen Erz ca. 625 Tonnen Lithiumhydroxid gewonnen werden könnten, also ca. 14.375 Tonnen Lithiumhydroxid in 23 Förderjahren.

Lithium ist ein Alkalimetall, welches bereits in Kontakt mit der Hautfeuchtigkeit reagiert. Es kommt schnell zu Verätzungen und Verbrennungen. Die Verbindungen des Lithiums sind gesundheitsschädlich und umweltschädlich. Lithium reagiert mit vielen Elementen unter Wärmeabgabe.

Auf der geplanten Deponie (mit abgelagerten Lithiumerzen und sonstigen für den Produktionsprozess nötigen Restmaterialien) würden umweltschädliche Stoffe ins Grundwasser gelangen, die Luft würde Staubteile in die bewohnten Ortschaften, Felder, Wiesen und Wälder tragen und das betroffene Gebiet könnte sich erwärmen. Ebenso ist der Verbrauch der Ressourcen für die „Röstanlage“ und die damit verbundene Erwärmung im Gebiet um die Aufbereitungsanlage nicht im Sinne der Klimawende.

Gelangt zu viel Lithium in den menschlichen Organismus, kommt es zu Zittern, Übelkeit, Erbrechen, Herzrhythmusstörungen, Leukozytose etc.

An der Luft entzündet sich Lithium schon bei Normaltemperatur, mit Wasser bildet es eine starke Base.

Für die Aufbereitung sind neben Kalk und Gips auch verschiedene Säuren nötig. Der Co₂-Ausstoß bei der Förderung und der Aufbereitung sind enorm. Ebenso der Wasserverbrauch.

Bei der Aufbereitung und der anschließenden Lagerung der Reststoffe gelangen Schwermetalle, Säuren und andere Stoffe in die Umwelt, ins Grundwasser, an die Luft, sie reichern sich in Pflanzen an, welche die Tiere (oder die Menschen?) dann verzehren...

Die Grundwassersicherheit wäre enorm gefährdet.

Der Bärensteiner Dorfbach hätte laut den Ausführungen in der Tischvorlage der DL sein Einzugsgebiet zum Teil unter der Deponie. Viele Anwohner bauen ihr eigenes Gemüse im Garten an, Kinder spielen am Dorfbach, die Bienen des Bio-Imkers sammeln den Nektar der Pflanzen, zwischen den Steinen am Dorfbach leben geschützte Kröten, der Teichpächter züchtet seine Fische in zwei Dorfteichen. Schon allein aus diesen Gründen sollte ganz genau geprüft werden, ob dem Antrag der DL auf die Errichtung einer Gewinnungsanlage und der dazugehörigen Deponie stattgegeben werden sollte.

Die von der DL beanspruchten Flächen befinden sich zwischen verschiedenen Naturschutzgebieten.

Das NSG Weicholdswald wäre dann nur noch 10 Meter, das NSG Geisingbergwiesen nur noch 25 Meter, die Wiesen an der Biela nur noch 250 Meter und das Müglitztal nur noch 350 Meter entfernt. Gerade in der Müglitz haben sich seit der Wende und dem damals betriebenen Zinnerzabbau die Fischbestände wieder erholt. Das soll auch so bleiben.

Für diese wurden zum Schutz der seltenen heimischen Flora und Fauna (z.B. Orchideen, Kreuzotter, Erdkröten, Feuersalamander etc.) Steuermittel in nicht unerheblichem Maße investiert. Diese Schutzgebiete sollten weiterhin erhalten bleiben, sie dienen dem örtlichen Mikroklima, den Menschen zur Erholung und den Tieren als Weide- und Lebensraum. Durch das geplante Vorhaben wären diese Gebiete stark gefährdet.

Bärenstein (Dorf) ist ein typisches Waldhufendorf, eine spezielle ländliche Siedlungsform. Die zu den Höfen gehörenden Flurstücke sind Teil der hiesigen, besonderen Steinrückenlandschaft. Für den Erhalt und die Pflege dieser Landschaft und der darin heimischen Pflanzen- und Tierarten wurden ebenfalls zahlreiche Steuergelder und Zeit investiert, so dass diese Landschaft unbedingt erhaltenswert ist.

Ein weiteres Argument, warum wir dem geplanten Vorhaben kritisch gegenüberstehen, ist der Tourismus. Im Stadtgebiet Altenberg leben viele Menschen davon. Die Stadtverwaltung und die hier lebenden Menschen haben den Tourismus in den vergangenen Jahren stark vorangetrieben. All diese Menschen würden ihre Arbeit verlieren, weil niemand mehr neben einer Deponie und einer stark lärmerzeugenden Aufbereitungsanlage Urlaub machen würde.

Selbst das Besucherbergwerk in Altenberg würde dem Vorhaben zum Opfer fallen. Auch hier würden Millionen an investierten Steuergeldern einfach verschwendet. Der Stadt Altenberg würden nicht nur die Einnahmen aus dem Besuch des Bergwerkes fehlen, sondern auch Gewerbesteuern (Restaurants, Läden etc.), Gästetaxen und so weiter.

Letztendlich würde die Aufbereitungsanlage nebst Deponie die Bärensteiner Grundstücke entwerten. In den vergangenen Jahren haben fast alle Einwohner von Bärenstein in ihre Häuser und Grundstücke investiert. Die Menschen auf ihren Grundstücken wären nicht nur durch Staub- und Geräuschemissionen, sondern auch durch Erschütterungen, dem fehlenden Naherholungsgebiet, durch kontaminiertes Grundwasser und Stress psychisch und physisch belastet.

Durch den Abbau der Erze könnte es zu Erschütterungen und Senkungen im Erdreich kommen, welche die Gebäudesubstanz angreifen würden. Für solche Fälle müssten treuhänderisch Gelder bereits vor Beginn der Arbeiten zurückgelegt und entsprechende Versicherungen nachgewiesen werden.

Gut in Erinnerung ist uns noch die Nachwendezeit, in der z.B. in Zinnwald und Altenberg sehr viele Häuser verlassen und in schlechtem Erhaltungszustand waren, weil die Menschen dort durch den Erzabbau keinen Sinn mehr im Erhalt ihres Lebensumfeldes gesehen haben und im Ernstfall lieber in einen anderen Ort umgezogen sind. Mit der Entwicklung des Tourismus und dem damit in Zusammenhang stehenden Schutz der Natur hat sich dies im Laufe der Zeit allerdings wieder geändert.

Und das soll auch so bleiben.

Sandra und Uwe Tittel